

beschlossene Fassung

Vorlage 0516/16

für die Sitzung des Senats

am 7. Februar 2012

Ausbildungsplanung 2012

A. Problem

Der Senat beschließt jährlich die Ausbildungsplanung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, dies umfasst auch die Festlegung der Aufstiegszahlen von der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2 für den Bereich der Allgemeinen Dienste (ehemals allgemeiner Verwaltungsdienst). Generell muss hierbei bedacht werden, dass aufgrund des neuen Laufbahnrechts der sog. Praxisaufstieg nur noch unter ganz besonderen Bedingungen möglich ist. Ferner ist für die Festlegung der Aufstiegszahlen zu berücksichtigen, dass einigen Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) insbesondere in der Sozialverwaltung bereits Aufgaben der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt übertragen wurden, weil nicht genügend geeignetes Personal zur Verfügung stand.

In den Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 hat sich der Senat verpflichtet, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote¹ in der Höhe von 7,5% bis 8,0 % pro Jahr zu verwirklichen. Darüber hinaus sollen im Rahmen dieser Vereinbarungen in Ausbildungsgängen, die nicht für den eigenen Personalbedarf vorgesehen sind, vorrangig Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz aufgrund von schlechteren Voraussetzungen als geringer eingestuft werden.

Die Beschlüsse über die Einstellungen im Jahr 2012 werden vor dem Hintergrund folgender Faktoren zu treffen sein:

- Die öffentlichen Dienstleistungen der bremischen Verwaltung müssen auch zukünftig, trotz des deutlich verringerten Personalbestandes weiterhin in hoher Qualität bereitgestellt werden. In den kommenden 10 Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Daher ist es wichtig, dass durch Einstellungen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt und für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt dazu beigetragen wird, eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur zu erreichen. Die Implementierung des dualen Studiengangs „Public Administration B.A.“ für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste an der Hochschule Bremen macht es erforderlich, dass hierfür auch die erforderlichen Rahmenbedingungen im Aus- und Fortbildungszentrum geschaffen werden, da sich aus

¹ Die Ausbildungsquote (=Ausbildungsvolumen - Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz einschl. der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Praktikantinnen und Praktikanten in den Sozialberufen, Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie Referendarinnen und Referendare - dividiert durch das Beschäftigungsvolumen) bezieht sich auf die Kernverwaltung, die Sonderhaushalte, die Betriebe, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

den praktischen Studieninhalten besondere Anforderungen ergeben. Darüber hinaus sehen die Leitlinien besonders im Bereich der Allgemeinen Dienste bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r (Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt) eine Steigerung der Anzahl von Auszubildenden mit einer erweiterten Berufsbildungsreife oder mit einem mittleren Schulabschluss vor.

- Der demografische Wandel hat bereits in einigen Bereichen zu einem Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze geführt. Es kommt bereits jetzt schon zu einem Wettbewerb bei der Gewinnung von geeigneten Ausbildungsplatzbewerberinnen und Bewerbern, dem sich der öffentliche Dienst stellen muss. Daher wird es für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zunehmend wichtig sein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu steigern und durch geeignete Marketingmaßnahmen bekannt zu machen.
- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der bremischen Bevölkerung wächst kontinuierlich und beträgt zurzeit etwa 27%. Diese Quote wird derzeit in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes nicht widerspiegelt. Es wird zunehmend wichtig sein, alle ethnischen Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und als potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen. Dies dient unter anderem dem Gewinn interkultureller Fähigkeiten und spezieller Fremdsprachkompetenzen für die öffentliche Verwaltung. Ziel ist es, dass die öffentliche Verwaltung langfristig die Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Darüber hinaus ist es angesichts der Bevölkerungsentwicklung ohnehin erforderlich, alle Personalpotenziale zu erschließen.

B. Lösung

Auf der Basis der Haushaltsentwürfe berücksichtigt die jetzige Planung zum einen die unabwiesbaren Personalbedarfe für die Personalsegmente, in denen nur speziell für den öffentlichen Dienst ausgebildet wird.

Um insbesondere für die Fachrichtung Allgemeine Dienste Bewerber/-innen mit einer erweiterten Berufsbildungsreife oder mit einem mittleren Schulabschluss zu gewinnen, sollen die Ausbildungsplätze zur/zum Verwaltungsfachangestellten mindestens zu 65 % mit entsprechend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Sollte diese Quote bei der Besetzung der Ausbildungsplätze nicht realisiert werden, sind die unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze mit Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen, die einen höheren Schulabschluss erlangt haben.

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen wird zum anderen weiterhin Ausbildungsplätze in diversen anderen Ausbildungsberufen (Anlagenmechaniker/-in, Fachinformatiker/-in, Gärtner/-in etc.) nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anbieten, um das Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten, um in Teilbereichen für den eigenen Bedarf auszubilden und darüber hinaus auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Mit der Durchführung dieser Ausbildungsmaßnahmen werden das Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und/oder die Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) beauftragt, wobei die ABiG in der Regel primär Ausbildungsmaßnahmen für benachteiligte junge Menschen und im Verbund mit Betrieben der Wirtschaft abwickelt.

I. Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes

Die Anzahl der Auszubildenden/Anwärterinnen bzw. Anwärter, die innerhalb und nur für den öffentlichen Dienst ausgebildet werden (sog. personalbedarfsbezogene Ausbildungsgänge), wird zur Vermeidung von Personalüberhängen unter Berücksichtigung des sich abzeichnenden Personalersatzbedarfs festgelegt.

Folgende Einstellungen für eine Ausbildung/ein Studium werden vorgeschlagen:

1. Fachrichtung Allgemeine Dienste

1.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 werden **21** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt eingestellt. Die theoretische Ausbildung erfolgt im dualen Studiengang Public Administration an der Hochschule Bremen. Die praktische Ausbildung wird in bremischen Dienststellen durchgeführt. Sollten sich weitere Bedarfe ergeben, werden diese insbesondere durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) an der Hochschule Bremen gedeckt.

1.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **22** Verwaltungsfachangestellten vorgesehen.

Für die Betreuung der Studentinnen und Studenten in den praktischen Studienphasen wird eine zusätzliche Stelle im AFZ bereitgestellt. Darüber hinaus wird zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts aller Auszubildenden in den unterschiedlichen Fachgebieten an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen eine weitere Stelle ausgewiesen.

1.3 Lebensmittelkontrolleur-Dienst

Zum 1. Juli 2012 ist die Einstellung von **2** Lebensmittelkontrolleurinnen/ Lebensmittelkontrolleuren vorgesehen, die eine zweijährige Fortbildung absolvieren.

1.4 Aufstieg für Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

1.4.1 Zum 1. September 2012 werden **20** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, die im Jobcenter oder im Amt für Soziale Dienste in den Bereichen Grundsicherung, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftliche Jugendhilfe bzw. Leistungsgewährung tätig sind und die bereits mit Aufgaben der Laufbahngruppe 2 betraut sind und denen bereits ein Amt mit der Besoldungsgruppe A 9 übertragen wurde, zum Aufstieg zugelassen.

1.4.2 Weitere **15** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt werden am 1. Februar 2013 zum Aufstieg für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zugelassen.

2. Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. Oktober 2012 werden **33** Anwärterinnen und Anwärter durch die Polizei in Bremen und **7** Anwärterinnen und Anwärter durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven eingestellt. Darüber hinaus ist es geplant, dass im Jahr 2013 50 und im Jahr 2014 60 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden sollen. Hierüber wird der Senat zu gegebener Zeit entscheiden.

3. Fachrichtung Feuerwehr

3.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst)

Zum 1. Oktober 2012 werden **21** Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt eingestellt.

4. Fachrichtung Justiz

4.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Justizdienst)

Zum 1. Oktober 2012 sollen **6** Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärter eingestellt werden.

4.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Justizdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **8** Justizfachangestellten vorgesehen.

5. Fachrichtung Steuerverwaltung

5.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Steuerverwaltungsdienst)

15 Anwärterinnen und Anwärter werden zum 1. Oktober 2012 eingestellt.

5.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Steuerverwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **20** Verwaltungsfachangestellten vorgesehen, die nach einem Jahr in die zweijährige Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt wechseln.

Die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen werden nach erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und die entsprechenden Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.

II. Sonstige Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe

6. Ausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG)

Beim AFZ können zum 1. September 2012 **114** Auszubildende in diversen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz eingestellt werden.

Bei der ABiG können zum 1. September 2012 **46** Auszubildende eingestellt werden, die entweder im Verbund mit Betrieben der Wirtschaft ausgebildet werden, zu der Gruppe von benachteiligten Ausbildungsplatzsuchenden gehören oder deren Ausbildung im Rahmen einer Sondermaßnahme durchgeführt wird.

In diesem Bereich sollte es möglich sein, je nach der konkreten Entwicklung der Bewerber- und Bewerberinnenzahlen, dass die Verteilung der Ausbildungsplätze auf AFZ und ABiG unter Berücksichtigung der o.g. Gesamteinstellungszahlen flexibel bleibt. Eine eventuelle Verlagerung der Ausbildungsplätze darf den unter **D.** angegebenen Finanzrahmen nicht überschreiten.

III. Verbesserung von Chancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund durch Berufsausbildung

Die Senatorin für Finanzen als Verantwortliche für ressortübergreifendes Personalmanagement wird die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten fortführen und weiter entwickeln, um den Prozess der Gewinnung, Einstellung und Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Bremischen öffentlichen Dienst zu fördern.

IV . Ausbildungsquote 2012

Unter Berücksichtigung der Einstellungen in den bedarfsbezogenen Ausbildungsgängen, in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz sowie der Praktikantinnen und Praktikanten des Sozialdienstes könnten im Jahr 2012 insgesamt **451 Ausbildungsplätze** bereitgestellt werden (vgl. **Anlage 1**).

Die vom Senat angestrebte Ausbildungsquote von 7,5 % wird im Jahr 2012 erneut überschritten. Sie wird im Jahr 2012 voraussichtlich mindestens 8,5 % betragen.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle/personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Es entstehen folgende Aufwendungen für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge in Euro:

Fachrichtung	Anzahl der Einstellungen		2012	2013	2014	2015	Insgesamt
Allgemeine Dienste	21	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	84.168	252.420	252.420	168.336	757.344
		Sachkosten für die Anwärter	31.500	63.000	63.000	63.000	220.500
	2	Lebensmittelkontrolleure	18.288	36.580	18.288		73.156
	22	Verwaltungsfachangestellte	81.840	255.200	255.200	163.680	755.920
Polizei - Bremen	33	Anwärter/-innen	105.534	422.070	422.070	316.602	1.266.276
Feuerwehr	21	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt	65.709	262.920	65.709	0	394.338
Justiz	8	Justizfachangestellte (Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)	33.248	99.760	99.760	66.496	299.264
	6	Rechtspfleger-Anwärter/innen Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt)	18.036	72.120	72.120	54.108	216.384
Steuerverwaltung	20	Verwaltungsfachangestellte (für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt)	74.400	224.720	227.800	151.840	678.760
	15	Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	45.090	180.300	180.300	135.270	540.960
Insgesamt	148	Auszubildende	557.813	1.869.090	1.656.667	1.119.332	5.202.902

Polizei - Bremerhaven	7	Anwärter/-innen	22.386	89.530	89.530	67.158	268.604
-----------------------	---	-----------------	--------	--------	--------	--------	---------

Für die 114 Ausbildungsplätze im Bereich des AFZ und für die 46 Ausbildungsplätze bei der ABiG entstehen folgende Aufwendungen in Euro:

Bereich	Anzahl der Einstellungen	Dauer Jahre	2012	2013	2014	2015	2016	Insgesamt
Berufe nach dem BBiG beim AFZ	75	3	311.750	935.250	935.250	623.500		2.805.753
	39	3,5	162.110	486.330	486.330	486.330	81.055	1.702.159
Berufe nach dem BBiG bei der ABiG	46	3-3,5	121.440	376.280	415.472	353.664	28.160	1.295.016
Sach- und GmbH-Kosten für Auszubildende der ABiG			30.820	55.062	55.752	53.022	3.706	198.362
Kosten für Marketingmaßnahmen			20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	100.000
Verbundkosten inkl. Lehrmeistervergütung und soz.-päd. Begleitung (12 Fertigungsmechaniker/innen oder Industriemechaniker/innen)			22.333	17.333	44.433	35.933	15.266	135.298
Verbundkosten inkl. Lehrmeistervergütung (12 Hauswirtschaftler/innen)			21.250	21.250	21.250	21.250	0	85.000
Zwischensumme:			689.703	1.911.505	1.978.487	1.593.699	148.187	6.321.588
Erstattung durch Verbundpartner			0	0	38.496	76.992	0	115.488
Kosten Gesamt:	160		689.703	1.911.505	1.939.991	1.516.707	148.187	6.206.100

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsentwürfen 2012 veranschlagt bzw. in den Planungen ab 2013 berücksichtigt. Die Haushaltsmittel werden im Haushaltsvollzug 2012 aus dem Produktbereich 92.02 „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ in die folgenden, dezentralen Personalbudgets verlagert: 07.01 „Polizei“, 07.02 „Feuerwehr“, 11.90 „Sonstiges Justiz“, 91.01 „Finanzsteuerung“ und 91.03 „Personal- und Verwaltungsmanagement“. Haushaltsmittel für die zwei unter B. 1 (Allgemeine Dienste) erwähnten Stellen für die Betreuung der Studentinnen und Studenten sowie zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts sowohl für die Studentinnen und Studenten als auch für die Auszubildenden, die für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt ausgebildet werden, sind im Haushaltsaufstellungsverfahren berücksichtigt.

Im Rahmen der Einstellungen wird darauf geachtet, dass das Geschlechterverhältnis zueinander ausgeglichen ist. Darüber hinaus ist es das Ziel, weibliche Auszubildende für sogenannte Männerberufe zu gewinnen.

E. Beteiligung/Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei, dem Senator für Inneres und Sport und dem Senator für Justiz und Verfassung und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen abgestimmt. Eine Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu der Ausbildungsplanung 2012 ist als **Anlage 3** beigefügt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Angezeigt. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschlussvorschlag

- (1) Der Senat beschließt die Einstellung von **21** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. September 2012 sowie die Bereitstellung einer Stelle im AFZ für die Betreuung in den praktischen Studienphasen und die Schaffung einer weiteren Stelle an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts.
- (2) Der Senat beschließt die Einstellung von **22** Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter“ zum 1. September 2012.
- (3) Der Senat beschließt die Einstellung von **2** Personen für den Lehrgang für Lebensmittelkontrolleurinnen/ Lebensmittelkontrolleure zum 1. Juli 2012.
- (4) Der Senat beschließt, zum 1. September 2012 **20** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, die im Jobcenter oder im Amt für Soziale Dienste in den Bereichen Grundsicherung, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftlichen Jugendhilfe bzw. Leistungsgewährung tätig sind und die bereits mit Aufgaben der Laufbahngruppe 2 betraut sind, die bereits ein Amt der Besoldungsgruppe A 9 inne haben und weitere **15** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt am 1. Februar 2013 zum Aufstieg für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zuzulassen.
- (5) Der Senat beschließt die Einstellungen von **33** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen und die Einstellung von **7** Anwärterinnen und Anwärtern durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven zum 1. Oktober 2012. Darüber hinaus nimmt der Senat zur Kenntnis, dass im Jahr 2013 die Einstellung von 50 Anwärterinnen und Anwärtern und im Jahr 2014 die Einstellung von weiteren 60 Anwärterinnen und Anwärtern geplant ist.
- (6) Der Senat beschließt die Einstellung von **21** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr zum 1. Oktober 2012.
- (7) Der Senat beschließt die Einstellung von **6** Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärtern zum 1. Oktober 2012.
- (8) Der Senat beschließt die Einstellung von **8** Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Justizfachangestellte/Justizfachangestellter“ zum 1. September 2012.
- (9) Für die Fachrichtung der Steuerverwaltung beschließt der Senat die Einstellung von **15** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2012 und von **20** Verwaltungsfachangestellten zum 1. September 2012, die nach dem ersten Ausbildungsjahr ihre Ausbildung als Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt fortsetzen.
- (10) Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und entsprechende Stellen sowie Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.
- (11) Der Senat beschließt zum 1. September 2012 die Einstellung von **114** Auszubildenden in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und von weiteren **46** Auszubildenden bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG). Die Verteilung der beschlossenen Ausbildungsplätze auf AFZ und ABiG kann auf Grund der Entwicklung der Bewerber- und Bewerberinnenzahlen innerhalb des beschlossenen Finanzrahmens geändert werden.

- (12) Der Senat nimmt die derzeit beabsichtigten Gesamteinstellungen im Ausbildungsbe-
reich für das Jahr 2012 für die Kernverwaltung einschließlich der Sonderhaushalte zur
Kenntnis (**Anlage 1**).
- (13) Der Senat nimmt den Bericht über die Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien
Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2009 – 2011 zur Kenntnis (**Anlage 2**).
- (14) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die bisherigen Marketingmaßnahmen fort-
zusetzen, weiter zu entwickeln und zu etablieren, damit der öffentliche Dienst des Lan-
des und der Stadtgemeinde Bremen von vielen, potenziellen Bewerberinnen und Be-
werbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und auch in Zeiten der zu-
rückgehenden Schulabgangszahlen auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig bleibt.
- (15) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die verstärkte Integration von Menschen
mit einem Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst durch die Aus-
bildung zu fördern.
- (16) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausbildungsplanung 2012 an den par-
lamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen
Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und
Sachausgaben zur Verfügung gestellt und Einstellungszusagen erteilt werden können.
- (17) Der Senat wird prüfen, ob die für 2012 vorgesehene Neueinstellung von Auszubilden-
den ErzieherInnen dem in diesem Bereich entsprechenden Bedarf genügt und ob ggf.
Mittel, die durch die Nichtanspruchnahme von Ausbildungsangeboten in anderen Be-
reichen frei werden, dafür genutzt werden können, um für ErzieherInnen zusätzliche
Ausbildungskapazitäten zu schaffen.

Neueinstellungen von Auszubildenden im Bereich des öffentlichen Dienstes in Bremen

	2010	2011	2012
I. Personalbedarfsorientierte Ausbildungsgänge			
1. Allgemeine Dienste			
1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	10	28	21
1.1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt-Verwendung im Archivdienst		1	0
1.2 Verwaltungsfachangestellte	25	22	22
1.3 Lebensmittelkontrolleure			2
Zwischensumme:	35	51	45
2. Polizei			
Polizeivollzugsdienst ¹⁾	93	98	33
Zwischensumme:	93	98	33
3. Feuerwehr			
3.1. Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	1	0	0
3.2. Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	35	11	21
Zwischensumme:	36	11	21
4. Justiz			
4.1 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	6	6	6
4.2 Justizfachangestellte/r	8	8	8
4.3 Allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst	10	0	0
Zwischensumme:	24	14	14
5. Steuerverwaltung			
5.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	20	20	15
5.2 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	20	20	20
Zwischensumme:	40	40	35
Summe aus Teil I.	228	214	148
II. Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), kaufmännisch-verwaltender und gewerblich-technischer Bereich (AFZ und ABiG)			
	130	130	160
III. Sozialpraktikanten/-innen, Erzieher/Erzieherinnen			
1. Erzieherin / Erzieher	55	55	55
2. Sozialarbeiter/-in / Sozialpädagoge/-in	88	88	88
Summe aus Teil III.	143	143	143
Gesamtsumme aus Teil I. bis III.	501	487	451

¹⁾ Ab dem Jahr 2008 werden die Einstellungszahlen bei der Polizei in Bremerhaven gesondert ausgewiesen. Im Jahr 2012 werden in der Stadtgemeinde Bremerhaven 7 Einstellungen vorgenommen.

Bericht

Die Senatorin für Finanzen

Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2009 - 2011



Impressum

Herausgeber:

Die Senatorin für Finanzen
Referat 33 - Personalentwicklung -
Doventorscontrescarpe 172 C, 28195 Bremen

Ansprechpartner:

Bernhard Woitalla ☎ 361- 59 173, Email: Bernhard.Woitalla@finanzen.bremen.de

Stand: Januar 2012

Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen Bericht auf der Grundlage der Dienstvereinbarung Ausbildung

1.	Vorwort	3
2.	Gesamteinstellungszahlen im öffentlichen Dienst in den Jahren 2009 – 2011	4
3.	Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung durch Ausbildung	6
4.	Ausbildung für den öffentlichen Dienst	7
4.1	Fachrichtung Allgemeine Dienste	7
4.2	Fachrichtung Polizei	9
4.3	Fachrichtung Feuerwehr	10
4.4	Fachrichtung Justiz	11
4.5	Fachrichtung Justiz (Bereich Justizvollzug)	13
4.6	Fachrichtung Steuerverwaltung	14
5.	Ausbildung in den sonstigen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz	16
6.	Praktika im Rahmen des Anerkennungsjahres	19
6.1	Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter	19
6.2	Erzieherin/Erzieher	20
7.	Sonstige Praktikantinnen/Praktikanten und Werkstudentinnen/Werkstudenten	20
8.	Bewerbungs- und Einstellungszahlen aus allen Bereichen	21
9.	Ausbilderinnen und Ausbilder in der bremischen Verwaltung	25
10.	Fazit und Ausblick	26

1. Vorwort

Bis zum Jahr 2020 wird ein hoher Anteil aller derzeit Beschäftigten der bremischen Verwaltung den öffentlichen Dienst aus Altersgründen verlassen. Gleichzeitig müssen die öffentlichen Dienstleistungen in guter Qualität aufrechterhalten bleiben. Trotz der notwendigen Personaleinsparungen wird es notwendig sein, junge, leistungsorientierte Menschen für eine Ausbildung und dann für eine spätere Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Die Gewinnung der Nachwuchskräfte wird sich jedoch immer schwieriger gestalten.

Die Prognosen und Szenarien verschiedener Institutionen zeigen unabhängig voneinander übereinstimmend einen deutlichen Rückgang von Schulabgängerinnen und –abgängern auf. In der Publikation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Auswirkungen von demographischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung“ wird ein Rückgang der Zahl der ausbildungsberechtigten Jugendlichen um ca. 20% bis zum Jahr 2035 prognostiziert. In der gleichen Publikation wird auf einen Trend zu höheren Schulabschlüssen hingewiesen. Damit nimmt die Konkurrenz um den Fachkräftenachwuchs zwischen der dualen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung zu. Diese Entwicklung wird auch vor den Ausbildungsgängen in den öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (Laufbahnausbildung) nicht Halt machen. Die bremische Verwaltung wird sich somit auf einen zunehmenden Wettbewerb um Nachwuchskräfte einstellen müssen.

Bei der Einstellung von Nachwuchskräften soll auf eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur geachtet werden. Verstärkt sollen über die Ausbildung Nachwuchskräfte gewonnen werden, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Als Ziel soll der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund bei den Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung erhöht werden.

Neben den Problemen, die mit der demographischen Entwicklung zusammenhängen, ist das Augenmerk auf die Gruppe derjenigen jungen Menschen zu richten, die nach ihrem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden haben oder deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz als geringer eingestuft werden. Nach dem Report 11/09 des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Thema „Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife“ hat sich die Zahl der Jugendlichen, die nach dem Schulabgang zunächst keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und deswegen berufsvorbereitende Maßnahmen absolvierten, von 1992 bis 2007 mehr als verdoppelt. In derselben Veröffentlichung wurden als entscheidende Merkmale dieser Personengruppe neben dem Schulabschluss u.a. auch der Bildungshintergrund und berufliche Status der Eltern sowie ein Migrationshintergrund identifiziert. Im Rahmen der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013, die u.a. auch von der Senatorin für Finanzen unterzeichnet wurde, wird versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Anstelle des sogenannten Übergangssystems soll eine Eingliederung in die duale Berufsausbildung erfolgen. Hier wird der Senat der Freien Hansestadt Bremen weiterhin seine Verantwortung und Vorbildfunktion des Landes und der Stadtgemeinde Bremen als größter öffentlicher Arbeitgeber bejahen und neben den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen auch über den Eigenbedarf hinaus Ausbildungsplätze anbieten. Dadurch soll unter anderem auch benachteiligten jungen Menschen auf dem Ausbildungsstellenmarkt eine Perspektive eröffnet werden.

Der nachfolgende Bericht bezieht sich auf den Zeitraum von 2009 bis 2011.

2. Gesamteinstellungszahlen im öffentlichen Dienst in den Jahren 2009 – 2011

Im Rahmen der jährlichen Ausbildungsplanung beschließt der Senat die Einstellungszahlen in den einzelnen Ausbildungsbereichen des öffentlichen Dienstes. In den Jahren 2009 bis 2011 haben sich die Einstellungszahlen wie folgt entwickelt:

Ausbildungsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes in Bremen

	2009	2010	2011
I. Personalbedarfsorientierte Ausbildungsgänge			
1. Allgemeine Dienste			
1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	7	10	28
1.2 Verwaltungsfachangestellte	20	25	22
Zwischensumme:	27	35	50
2. Polizei			
Polizeivollzugsdienst	81	93	98
Zwischensumme:	81	93	98
3. Feuerwehr			
3.1. Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	1	1	0
3.2. Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	29	35	11
Zwischensumme:	30	36	11
4. Justiz			
4.1 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	6	6	6
4.2 Justizfachangestellte/r	8	8	8
4.3 Allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst	20	10	0
Zwischensumme:	34	24	14
5. Steuerverwaltung			
6.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	0	20	20
6.2 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	10	20	20
Zwischensumme:	10	40	40
Summe aus Teil I.	182	228	213
II. Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), kaufmännisch-verwaltender und gewerblich-technischer Bereich (AFZ und ABiG)			
	175	130	130
III. Sozialpraktikanten/-innen, Erzieher/Erzieherinnen			
1. Erzieherin / Erzieher	55	55	55
2. Sozialarbeiter/-in / Sozialpädagoge/-in	88	88	88
Summe aus Teil III.	143	143	143
Gesamtsumme aus Teil I. bis III.	500	501	486

Abbildung 1 Übersicht der vom Senat im Rahmen der Ausbildungsplanung beschlossenen Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011

Aus dieser Übersicht wird deutlich, dass die Gesamteinstellungen auf einem hohen Niveau bleiben. Insbesondere im Bereich der personalbedarfsorientierten Ausbildungsgänge ist ein Anstieg der Einstellungen festzustellen.

In den kommenden zehn Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Personaljahrgänge in den Ruhestand gehen. Daher ist es wichtig, dass durch Einstel-

lungen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur erhalten bleibt. Vor diesem Hintergrund hat der Senat in den Jahren 2009 bis 2011 vor allem über eine Erhöhung der Einstellungszahlen in den Ausbildungsgängen für die Fachrichtungen Allgemeine Dienste, Polizei und Steuerverwaltung entschieden.

Ausgehend von den Gesamteinstellungszahlen führte die verstärkte Einstellung in den personalbedarfsorientierten Ausbildungsgängen gleichzeitig zu einem entsprechenden Rückgang bei den Einstellungen in den diversen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz, die beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) durchgeführt werden. Dem Senat ist bewusst, dass die Aufrechterhaltung der Ausbildungsplätze in den Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) einen hohen Stellenwert hat, damit das Ausbildungsplatzangebot auf dem Ausbildungsmarkt in Bremen beibehalten und in Teilbereichen auch für den eigenen Bedarf ausgebildet werden kann. Dieses Ausbildungsplatzangebot soll u.a. auch jungen Menschen eine Perspektive eröffnen, die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt sind.

Neben den personalbedarfsorientierten Ausbildungsgängen und den Ausbildungsplätzen in den Berufen nach dem BBiG bietet der Senat seit Jahren Praktikumsplätze im Rahmen des Anerkennungsjahres in den Sozial- und Erziehungsberufen an. Die Anzahl dieser Plätze beträgt seit Jahren gleichbleibend 143.

Eine langfristige Übersicht (Einstellungsjahre 1998 – 2011) zeigt eine anhaltend hohe Ausbildungsbereitschaft des bremischen öffentlichen Dienstes. Dabei sind die Plätze für Referendarinnen und Referendare aus dem Schulbereich und der Justiz noch nicht berücksichtigt.

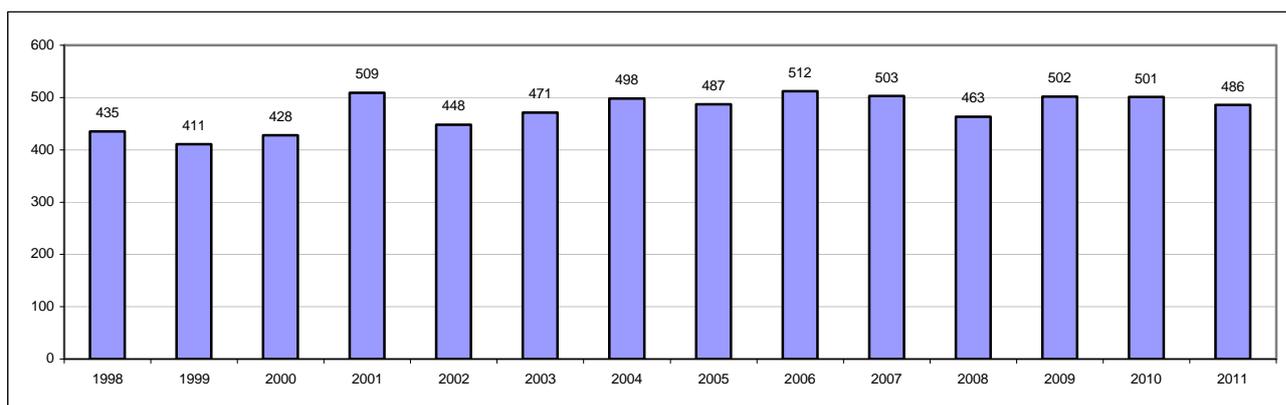


Abbildung 2 Übersicht des Ausbildungsplatzangebotes im öffentlichen Dienst in dem Zeitraum von 1998 bis 2011

In der Legislaturperiode 2007 - 2011 strebt der Senat im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote¹ von mindestens 7,5 % an. Zu der Einhaltung dieser Ausbildungsquote hat sich der Bremer Senat ebenfalls in den Bremer Vereinbarungen 2011 - 2013 zur Fortführung des Pakts für Ausbildung verpflichtet. Tatsächlich ist diese Quote in den Jahren 2008 (8,4%), 2009 (8,4%), 2010 (8,3%) und 2011 (8,4%) nicht nur erfüllt, sondern weit überschritten worden.

¹ Die Ausbildungsquote (=Ausbildungsvolumen - Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz einschl. der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Praktikantinnen und Praktikanten in den Sozialberufen, Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie Referendarinnen und Referendare - dividiert durch das Beschäftigungsvolumen) bezieht sich auf die Kernverwaltung, die Sonderhaushalte § 15 LHO und die Wirtschaftsbetriebe nach § 26 LHO.

3. Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung durch Ausbildung

Eines der Ziele der Personalpolitik, die der Senat seit einigen Jahren verfolgt, ist die Erhöhung des Migrantenanteils bei den Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst.

Neben der quantitativen Berücksichtigung von Zugewanderten in den Belegschaften von Kernverwaltung, Eigenbetrieben und Beteiligungen, geht es zunehmend auch um die Nutzung ihrer besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Entwicklung des Öffentlichen Dienstes. Die besonderen interkulturellen Kompetenzen sowie die Mehrsprachigkeit von Migrantinnen und Migranten sind wichtige Kompetenzen, die vor dem Hintergrund sich ändernder Bevölkerungsstrukturen aufgrund des in den nächsten Jahren steigenden Migrantenanteils für die öffentlichen Verwaltungen zunehmend bedeutsam sind.

Um langfristig den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, müssen vermehrt Auszubildende mit einem entsprechenden Hintergrund eingestellt werden. Dazu ist es auch erforderlich, die Bewerbungszahlen von Migrantinnen und Migranten zu erhöhen.

Mit den Senatsbeschlüssen über die Ausbildungsplanung 2009 ist eine ressortübergreifenden konzertierte Kampagne ins Leben gerufen worden, die die „Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung durch Ausbildung“ unterstützen soll.

Bereits im letzten Ausbildungsbericht wurde auf die Erfolge der Kampagne hingewiesen, da die Bewerbungszahlen entweder gestiegen sind oder trotz sinkender Schulabgangszahlen zumindest nicht zurückgegangen sind.

Auf zwei Probleme ist bei dem Thema „Interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung“ hinzuweisen:

Eine verlässliche Darstellung der Anzahl von Beschäftigten, die über einen Migrationshintergrund verfügen, ist nicht möglich. Verlässlich kann man nur diejenigen Beschäftigten erfassen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Ansonsten basieren die Daten auf freiwilligen Angaben der Betroffenen. Diese Erfahrungen werden auch bei den gegenwärtigen Einstellungen von Auszubildenden gemacht. Trotz der Bemühungen der einstellenden Dienststellen das Merkmal „Migrationshintergrund“ zu identifizieren, ist gerade dieses nach „Aktenlage“ oftmals nicht möglich. Auswertungen der anonymisierten Erhebungen weichen häufig von den erhobenen Daten ab. Deswegen wird es auch zukünftig „Unschärfen“ in diesem Bereich geben.

Einstellungen in die Ausbildungsgänge für den eigenen Personalbedarf müssen sich auf Grund des Artikels 33 GG an den besonderen Anforderungen der Eignung und Befähigung orientieren. Diesen Auswahlkriterien müssen sich alle Bewerberinnen und Bewerber stellen. So kann es durchaus zu der Situation kommen, dass trotz der gestiegenen Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die über einen Migrationshintergrund verfügen, deren Zahl bei den Einstellungen rückläufig ist.

Der Senat hat in seinen Beschlüssen über die Ausbildungsplanung 2011 den Auftrag erteilt, Trainingsmaßnahmen zu entwickeln und potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern anzubieten, damit deren Chancen in Auswahlverfahren steigen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass trotz einiger vorzeigbarer Erfolge die bisherigen Bemühungen, Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung und späteren Einsatz in der bremischen Verwaltung zu gewinnen, mit gleicher Intensität fortgesetzt werden müssen.

4. Ausbildung für den öffentlichen Dienst

4.1 Fachrichtung Allgemeine Dienste

An der Hochschule Bremen wurde in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Finanzen und dem AFZ ein duales Studium Public Administration (Bachelor) entwickelt. Zum 1. September 2011 haben 28 Anwärtinnen und Bewerber aus Bremen und vier Anwärtinnen und Bewerber der Stadtgemeinde Bremerhaven das Studium in diesem neuen Studiengang begonnen. Das Akkreditierungsverfahren wird zurzeit durchgeführt. Zwischen der Freien Hansestadt Bremen, vertreten durch die Senatorin für Finanzen und das Aus- und Fortbildungszentrum, dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und der Hochschule Bremen wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Mit der Schaffung der Ausbildungsstrukturen für diese Laufbahn in Bremen wird eine verlässliche und nachhaltige Personalgewinnung in der Fachrichtung Allgemeine Dienste möglich.

Sofern sich für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt über die Ausbildungsplanung hinausgehende Bedarfe ergeben sollten, werden diese insbesondere durch die Gewinnung von Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) an der Hochschule Bremen gedeckt.

Für den Bedarf in der Funktionsebene der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (früher: Mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) werden in Bremen Auszubildende im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/r“ ausgebildet. Durch eine besondere inhaltliche und strukturelle Ausrichtung dieser Ausbildung ist es möglich, den Absolventinnen und Absolventen im Anschluss an die Ausbildung die Laufbahnbefähigung anzuerkennen.

4.1.1 Ausbildung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst)

Bewerbungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	358	100,00%	432	100,00%	501	100,00%
männlich	146	40,78%	151	34,95%	160	31,94%
weiblich	212	59,22%	281	65,05%	341	68,06%
Migranten Gesamt	50	13,97%	67	15,51%	59	11,78%
Migranten männlich	19		24		20	
Migranten weiblich	31		43		39	
schwb. Menschen Gesamt	8	2,23%	9	2,08%	9	1,80%
schwb. Menschen männlich	3		6		4	
schwb. Menschen weiblich	5		3		5	

Abbildung 3 Bewerbungszahlen 2009 – 2010 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste

Obwohl die Anzahl der Bewerber/innen für diese Ausbildung im Vergleich zu 2010 insgesamt deutlich zugenommen hat, haben sich weniger Bewerber/innen mit Migrationshintergrund auf die Ausbildungsplätze beworben. Ein Grund könnte der durch den Doppeljahrgang erhöhte Anteil von Abiturienten und Abiturientinnen aus dem Bremer Umland sein, in dem weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben, als in Bremen.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	7	100,00%	11	100,00%	28	100,00%
männlich	4	57,14%	3	27,27%	10	35,71%
weiblich	3	42,86%	8	72,73%	18	64,29%
Migranten Gesamt	0	0,00%	2	18,18%	4	14,29%
Migranten männlich	0		0		2	
Migranten weiblich	0		2		2	
schwb. Menschen Gesamt	0	0,00%	0	0,00%	1	3,57%
schwb. Menschen männlich	0		0		1	
schwb. Menschen weiblich	0		0		0	

Abbildung 4 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste

Zum 1. September 2011 wurde an der Hochschule Bremen der duale Studiengang Public Administration eingerichtet. In diesem ersten Jahrgang befinden sich 28 neu eingestellte Verwaltungsinspektoranwärter/innen. Die Einstellungszahl hat sich hiermit im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Gegenüber dem letzten Jahr wurden zwar doppelt so viele Studierende mit Migrationshintergrund eingestellt, deren prozentueller Anteil ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies ist damit zu erklären, dass deren Anteil auch an den Bewerbungen insgesamt geringer war. Geringfügig angehoben werden konnte der Anteil an neu eingestellten männlichen Verwaltungsinspektoranwärtern.

Ausbildungsabbrüche kamen bislang in dem Einstellungsjahrgang 2010 nicht vor.

4.1.2 Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten (für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)

Bewerbungen 2009 - 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	301	100,00%	509	100,00%	545	100,00%
männlich	104	34,55%	155	30,45%	171	31,38%
weiblich	197	65,45%	354	69,55%	374	68,62%
Migranten Gesamt	59	19,60%	131	25,74%	134	24,59%
Migranten männlich	15		34		35	
Migranten weiblich	44		97		99	
schwb. Menschen Gesamt	n.e.		n.e.		20	3,67%
schwb. Menschen männlich					9	
schwb. Menschen weiblich					11	

Abbildung 5 Bewerbungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste (Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten)

Die Anzahl der Bewerbungen für den Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/r ist im vergangenen Jahr trotz rückläufiger Schülerzahlen noch einmal leicht gestiegen, wobei der Anteil an Bewerber/innen mit Migrationshintergrund gehalten werden konnte.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	21	100,00%	25	100,00%	22	100,00%
männlich	9	42,86%	12	48,00%	4	18,18%
weiblich	12	57,14%	13	52,00%	18	81,82%
Migranten Gesamt	4	19,05%	9	36,00%	4	18,18%
Migranten männlich	2		3		0	
Migranten weiblich	2		6		4	
schwb. Menschen Gesamt	1	4,76%	1	4,00%	1	4,55%
schwb. Menschen männlich	0		0		1	
schwb. Menschen weiblich	1		1		0	

Abbildung 6 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste (Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten)

Der hohe Anteil an Einstellungen von Auszubildenden mit Migrationshintergrund aus dem Vorjahr konnte 2011 nicht gehalten werden. Ein Erklärungsansatz könnte sein, dass über 60 % der Bewerber/innen aus dem niedersächsischen Umland kamen, das einen deutlich geringeren Anteil an jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen hat. Erfahrungsgemäß sind nicht-bremische Bewerber/innen in Auswahlverfahren recht erfolgreich. Im Vergleich zu den Vorjahren konnten sich in den Auswahlverfahren weniger männliche Bewerber durchsetzen, so dass im Ausbildungsgang 2011 deutlich mehr Frauen vertreten sind.

Von den im Jahr 2010 eingestellten Verwaltungsfachangestellten hat ein Auszubildender seine Ausbildung abgebrochen.

4.2 Fachrichtung Polizei

Die nachfolgenden Daten betreffen ausschließlich die Ausbildung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Das theoretische Studium für diese Laufbahn wird an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen durchgeführt. Wegen der besonderen Anforderungen der Laufbahn müssen die Bewerberinnen und Bewerber polizeidiensttauglich sein. Aus diesem Grund sind in dieser Laufbahn keine schwerbehinderten Menschen und denen gleichgestellte behinderte Menschen in der Regel tätig.

Bewerbungen 2009 - 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	2959	100%	2647	100%	2732	100%
männlich	1758	59,41%	1572	59,39%	1754	64,20%
weiblich	1201	40,59%	1075	40,61%	978	35,80%
Migranten Gesamt	356	12,03%	348	13,15%	364	13%
Migranten männlich	254		250		279	
Migranten weiblich	102		98		85	

Abbildung 7 Bewerbungszahlen 2009 – 2011 in der in der Fachrichtung Polizei

Die Anzahl der Bewerbungen bleibt auf einem hohen Niveau. Für die Einstellung im Jahr 2011 haben sich über 2700 Personen beworben. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Interesse von Frauen an einer Einstellung bei der Polizei Bremen um fast 5 Prozent gesunken. Dagegen ist erneut ein gestiegenes Interesse der Bewerberinnen und Bewerbern mit einem Migrationshintergrund festzustellen.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	96	100,00%	99	100,00%	129	100%
männlich	60	62,50%	59	59,60%	94	72,87%
weiblich	36	37,50%	40	40,40%	35	27,13%
Migranten Gesamt	9	9,38%	3	3,03%	12	9,30%
Migranten männlich	7		2		8	
Migranten weiblich	2		1		4	

Abbildung 8 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der in der Fachrichtung Polizei

Die Gesamtzahl der Einstellungen hängt mit den Beschlüssen des Senats zur Ausbildungsplanung zusammen. Bei der Einstellung hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen in der Relation der Bewerbungszahlen zugunsten der Männer verschoben (etwa 2/3 Männer, 1/3 Frauen). Die Einstellungszahlen bei Menschen mit Migrationshintergrund sind im Jahre 2010 auf 3 Prozent zurückgegangen und im Jahr 2011 auf knapp über 9 Prozent gestiegen. Es werden doppelt so viele Männer mit Migrationshintergrund als Frauen mit Migrationshintergrund eingestellt.

Von den im Jahr 2009 eingestellten Anwärterinnen und Anwärtern haben insgesamt 9 (4 Anwärter, 5 Anwärterinnen) die Ausbildung vorzeitig abgebrochen. Von den im Jahr 2010 eingestellten Personen haben 3 Anwärter und zwei Anwärterinnen die Ausbildung vorzeitig abgebrochen.

4.3 Fachrichtung Feuerwehr

Für diese Laufbahn können sich keine Schulabgängerinnen und Schulabgänger bewerben, denn eine der Einstellungsvoraussetzungen ist eine bereits abgeschlossene, vorzugsweise handwerkliche Berufsausbildung. Wegen der besonderen Anforderungen der Laufbahn müssen die Bewerberinnen und Bewerber feuerwehrdiensttauglich sein. Aus diesem Grund sind in dieser Laufbahn keine schwerbehinderten Menschen und denen gleichgestellte behinderte Menschen in der Regel tätig.

4.3.1 Ausbildung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener feuerwehrtechnischer Dienst)

Eine Ausbildung für diese Laufbahngruppe findet nur unregelmäßig statt. Zuletzt wurde ein männlicher Bewerber im Jahr 2009 eingestellt.

4.3.2 Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (ehemals mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst)

Bewerbungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	302	100,00%	704	100,00%	399	100%
männlich	292	96,69%	671	95,31%	382	95,74%
weiblich	10	3,31%	33	4,69%	17	4,26%
Migranten Gesamt	24	7,95%	43	6,11%	27	6,77%
Migranten männlich	21		39		26	
Migranten weiblich	3		4		1	

Abbildung 9 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr

Für den Einstellungstermin 01.05.2011 hatten sich insgesamt 399 Bewerberinnen und Bewerber beworben. Von den 382 männlichen Bewerbern hatten 26 einen Migrationshin-

tergrund, was einer Quote von 6,80% entspricht. Bei den 17 weiblichen Bewerbern gab es nur eine Frau mit Migrationshintergrund (5,88%).

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	18	100,00%	31	100,00%	11	100%
männlich	15	83,33%	27	87,10%	11	100%
weiblich	3	16,67%	4	12,90%	0	0%
Migranten Gesamt	0	0,00%	1	3,23%	0	0%
Migranten männlich	0		0		0	
Migranten weiblich	0		1		0	

Abbildung 10 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr

Die Einstellungszahlen in diesem Bereich hängen mit den Personalbedarfsberechnungen und den entsprechenden Beschlüssen des Senats zusammen. Bei der Einstellung konnte von den 17 weiblichen Bewerbern keine berücksichtigt werden. Da leider auch keiner der Interessenten mit Migrationshintergrund das Eignungsfeststellungsverfahren erfolgreich abgeschlossen hat, konnte im Kalenderjahr 2011 niemand aus dieser Personengruppe bei der Feuerwehr Bremen eingestellt werden.

In dem Berichtszeitraum gab es keinen Ausbildungsabbruch.

4.4 Fachrichtung Justiz

Im Bereich des Justizdienstes werden für die Laufbahngruppe 2 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf ausgebildet. Den berufspraktischen Teil ihrer Studienzeit absolvieren sie bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft in Bremen und in Bremerhaven. Der theoretische Teil des Studiums findet an der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege in Hildesheim statt. Die Nachwuchskräfte für die Laufbahngruppe 1 (ehemals mittlerer Justizdienst) werden aus den Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten gewonnen. Seit dem Jahr 2009 ist die Ausbildung der Justizfachangestellten inhaltlich erweitert worden, so dass auch hier die Absolventinnen und Absolventen die Laufbahnbefähigung erlangen können. Die Justizfachangestellten werden vom Hanseatischen Oberlandesgericht eingestellt und an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen unterrichtet.

4.4.1 Ausbildung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (Rechtspfleger/innen)

Bewerbungen 2009 - 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	256	100%	289	100%	263	100,00%
männlich	47	18%	88	30%	73	27,76%
weiblich	209	82%	201	70%	190	72,24%
Migranten Gesamt	19	7%	10	3%	13	4,94%
Migranten männlich	1		3		4	
Migranten weiblich	18		7		9	
schwb. Menschen Gesamt	4	2%	2	1%	3	1,14%
schwb. Menschen männlich	1		2		2	
schwb. Menschen weiblich	3		0		1	

Abbildung 11 Bewerbungszahlen 2008 - 2010 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz

Die Gesamtzahl der Bewerbungen ist im Jahr 2011 leicht gesunken, bewegt sich aber auf einem stabilen Niveau. Wie auch in den Vorjahren interessierten sich wesentlich mehr Frauen als Männer für diesen Ausbildungsgang. Nachdem die Anzahl an Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund im Vorjahr stark abgesunken war, ist im Jahr 2011 wieder ein verhaltener Anstieg an Interessenten/innen aus dieser Personengruppe zu verzeichnen.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	6	100,00%	6	100,00%	6	100,00%
männlich	3	50,00%	0	0,00%	1	16,67%
weiblich	3	50,00%	6	100,00%	5	83,33%
Migranten Gesamt	0	0,00%	3	50,00%	0	0,00%
Migranten männlich	0		0		0	
Migranten weiblich	0		3		0	
schwb. Menschen Gesamt	0	0,00%	0	0,00%	0	0,00%
schwb. Menschen männlich	0		0		0	
schwb. Menschen weiblich	0		0		0	

Abbildung 12 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz

Die Anzahl an Neueinstellungen ist auch im Jahr 2011 konstant bei 6 Auszubildenden geblieben. Angesichts dieser geringen Gesamteinstellungszahl sind die prozentualen Angaben nicht sehr aussagekräftig. Allerdings ist auffällig, dass größtenteils Frauen eingestellt wurden. Menschen mit Migrationshintergrund sind auch in diesem Jahr nicht eingestellt worden.

In dem Berichtszeitraum gab es keinen Ausbildungsabbruch.

4.4.2 Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten (für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)

Bewerbungen 2009 - 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	144	100,00%	197	100,00%	139	100,00%
männlich	51	35,42%	71	36,04%	34	24,46%
weiblich	93	64,58%	126	63,96%	105	75,54%
Migranten Gesamt	14	9,72%	20	10,15%	30	21,58%
Migranten männlich	2		7		8	
Migranten weiblich	12		13		22	
schwb. Menschen Gesamt	2	1,39%	5	2,54%	6	4,32%
schwb. Menschen männlich	0		4		2	
schwb. Menschen weiblich	2		1		4	

Abbildung 13 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten)

Nach einem Anstieg der Zahlen im Jahr 2010 sind die Bewerbungen im Jahr 2011 recht stark zurückgegangen. Es fällt auf, dass in diesem Jahr wesentlich mehr Frauen als Männer Interesse an dieser Ausbildung gezeigt haben. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil an Bewerbern mit Migrationshintergrund an der Gesamtbewerberzahl verdoppelt.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	8	100,00%	8	100,00%	8	100,00%
männlich	0	0,00%	0	0,00%	4	50,00%
weiblich	8	100,00%	8	100,00%	4	50,00%
Migranten Gesamt	1	12,50%	0	0,00%	0	0,00%
Migranten männlich	0		0		0	
Migranten weiblich	1		0		0	
schwb. Menschen Gesamt	0	0,00%	0	0,00%	0	0,00%
schwb. Menschen männlich	0		0		0	
schwb. Menschen weiblich	0		0		0	

Abbildung 14 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten)

Die Einstellungszahlen resultieren aus den Personalbedarfsberechnungen und den entsprechenden Beschlüssen des Senats. Auch hier sind die prozentualen Anteile angesichts der relativ geringen Einstellungszahlen von 8 Auszubildenden nicht aussagekräftig. Nachdem in den Jahren 2009 und 2010 ausschließlich Frauen eingestellt worden sind, konnten im Jahr 2011 50% der Ausbildungsplätze an männliche Bewerber vergeben werden. Auszubildende mit Migrationshintergrund sind nicht eingestellt worden.

Von den im Jahr 2010 eingestellten Auszubildenden wurde eine Auszubildende innerhalb der Probezeit gekündigt.

4.5 Fachrichtung Justiz (Bereich Justizvollzug)

Die Laufbahn des Justizvollzugsdienstes verlangt aufgrund der besonderen Anforderungen ebenfalls eine uneingeschränkte körperliche Fitness. Aus diesem Grund sind auch in diesem Bereich keine schwerbehinderten Menschen und denen gleichgestellte behinderte Menschen in der Regel tätig.

4.5.1 Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt im Justizvollzug

Bewerbungen 2009 – 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	307	100%	353	100%	0	100%
männlich	217	70,68%	248	70,25%	0	
weiblich	90	29,32%	105	29,75%	0	
Migranten Gesamt	27	8,79%	38	10,76%	0	
Migranten männlich	21		31		0	
Migranten weiblich	6		7		0	

Abbildung 15 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Bereich: Justizvollzug)

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	21	100,00%	10	100,00%	0	100,00%
männlich	16	76,19%	8	80,00%	0	
weiblich	5	23,81%	2	20,00%	0	
Migranten Gesamt	2	9,52%	1	10,00%	0	
Migranten männlich	2		1		0	
Migranten weiblich	0		0		0	

Abbildung 16 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Bereich: Justizvollzug)

4.6 Fachrichtung Steuerverwaltung

Die Ausbildung für die Laufbahngruppe 1 in der Steuerverwaltung weist in Bremen die Besonderheit auf, dass die eingestellten Auszubildenden im ersten Jahr an der theoretischen Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten an der Verwaltungsschule teilnehmen. Nach diesem ersten Jahr werden die Auszubildenden als Anwärter in das Dienstverhältnis zur Ausbildung eingestellt. Dadurch erlischt das Berufsausbildungsverhältnis zur/zum Verwaltungsfachangestellten.

4.6.1 Ausbildung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Steuerverwaltung

Bewerbungen 2010 - 2011

	Einstellungsjahr			
	2010		2011	
Gesamt	251	100,00%	408	100,00%
männlich	107	42,63%	173	42,40%
weiblich	144	57,37%	235	57,60%
Migranten Gesamt	24	9,56%	33	8,09%
Migranten männlich	10		9	
Migranten weiblich	14		24	
schwb. Menschen Gesamt	5	1,99%	6	1,47%
schwb. Menschen männlich	4		0	
schwb. Menschen weiblich	1		6	

Abbildung 17 Bewerbungszahlen 2010 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung

Die Bewerbungszahlen sind im Jahr 2011 um über 60 % angestiegen. Hierbei überwiegt noch immer die Anzahl der weiblichen Bewerber. Sie ist um ca. 15 % höher als die der männlichen Bewerber. Die Anzahl der Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund und Schwerbehinderungen hat sich in Anbetracht des enormen Anstiegs der Gesamtbewerberzahlen nur leicht erhöht.

Einstellungen 2010 - 2011

	Einstellungsjahr			
	2010		2011	
Gesamt	20	100,00%	20	100,00%
männlich	10	50,00%	6	30,00%
weiblich	10	50,00%	14	70,00%
Migranten Gesamt	5	25,00%	3	15,00%
Migranten männlich	2		0	
Migranten weiblich	3		3	
schwb. Menschen Gesamt	0	0,00%	0	0,00%
schwb. Menschen männlich	0		0	
schwb. Menschen weiblich	0		0	

Abbildung 18 Einstellungszahlen 2010 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung

Bei den Einstellungen im Jahr 2011 hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen in der Relation der Bewerbungszahlen zugunsten der Frauen verschoben. Es wurden mehr als doppelt so viele Interessentinnen als Interessenten eingestellt. Die Anzahl der Finanzanwärter/innen mit Migrationshintergrund ist hierbei zurückgegangen. Schwerbehinderte Menschen wurden wie auch im Vorjahr nicht eingestellt.

Drei weibliche Auszubildende des Jahrganges 2010 haben die Ausbildung abgebrochen. Außerdem haben eine Finanzanwärterin und ein Finanzanwärter des Jahrganges 2010 die Zwischenprüfung auch nach Wiederholung nicht bestanden und beendeten somit die Ausbildung im Jahr 2011 vorzeitig.

4.6.2 Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Steuerverwaltung (erstes Ausbildungsjahr als Verwaltungsfachangestellte)

Bewerbungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	264	100,00%	170	100,00%	193	100,00%
männlich	112	42,42%	75	44,12%	90	46,63%
weiblich	152	57,58%	95	55,88%	103	53,37%
Migranten Gesamt	45	17,05%	23	13,53%	42	21,76%
Migranten männlich	19		12		14	
Migranten weiblich	26		11		28	
schwb. Menschen Gesamt	6	2,27%	1	0,59%	9	4,66%
schwb. Menschen männlich	2		0		5	
schwb. Menschen weiblich	4		1		4	

Abbildung 19 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung

Nachdem die Gesamtbewerberzahl im Vorjahr deutlich zurückgegangen war, ist das Interesse an dieser Ausbildung im Jahr 2011 wieder gestiegen. Es liegen auch mehr Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund und von schwerbehinderten Menschen vor als im Vorjahr.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	10	100,00%	21	100,00%	26	100,00%
männlich	4	40,00%	8	38,10%	14	53,85%
weiblich	6	60,00%	13	61,90%	12	46,15%
Migranten Gesamt	0	0,00%	4	19,05%	7	26,92%
Migranten männlich	0		2		3	
Migranten weiblich	0		2		4	
schwb. Menschen Gesamt	0	0,00%	1	4,76%	3	11,54%
schwb. Menschen männlich	0		0		0	
schwb. Menschen weiblich	0		1		3	

Abbildung 20 Einstellungszahlen 2009 und 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung

Aufgrund der Beschlüsse des Senats konnten in 2011 mehr Einstellungen als im Vorjahr realisiert werden. Im Jahr 2011 wurden 26 Bewerber/innen eingestellt, wobei das Einstellungsverhältnis von Männern und Frauen fast ausgeglichen war. Positiv zu vermerken ist auch, dass der Anteil an eingestellten Personen mit Migrationshintergrund und Schwerbehinderungen im Jahr 2011 ausgebaut werden konnte.

Von den im Jahr 2009 eingestellten Auszubildenden für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, hat ein Auszubildender die Ausbildung abgebrochen. Eine Auszubildende und ein Auszubildender des Jahrgangs 2009 haben sich im Jahr 2010 erfolgreich für die Ausbildung der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt beworben. Eine weitere Auszubildende hat diesen Weg im Jahr 2011 eingeschlagen. Von den im Jahr 2010 eingestellten Auszubildenden hat eine Auszubildende die Ausbildung abgebrochen.

5. Ausbildung in den sonstigen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz

Neben den Ausbildungsgängen für die jeweiligen Laufbahnen des bremischen öffentlichen Dienstes werden auch Auszubildende in vielen anderen anerkannten Ausbildungsberufen nach dem BBiG (z.B. Anlagenmechaniker/-in, Fachinformatiker/in, Gärtner/in, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation u.a.) qualifiziert. Die Einstellung dieser Auszubildenden wird grundsätzlich vom AFZ vorgenommen. Ausbildungsmaßnahmen für die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten jungen Menschen werden von der ABiG durchgeführt. Dazu gehören Ausbildungsmodelle im Verbund mit Betrieben der Privatwirtschaft; so zum Beispiel die Ausbildung von schwerbehinderten Menschen und denen gleichgestellten behinderten Menschen zum/zur Hauswirtschaftshelfer/in.

Der Senat hat in Verbindung mit der Anpassung der Ausschreibungsrichtlinien festgelegt, dass Dienststellen Auszubildende, die beim Land und der Stadtgemeinde Bremen nach dem Berufsbildungsgesetz ausgebildet worden sind, unmittelbar nach Beendigung ihrer Ausbildung bis zur Dauer von zwei Jahren nach den Vorschriften des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz) ohne verwaltungsinterne Ausschreibungen und ohne Ausschreibung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einstellen können, wenn die personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Budget und Zielzahl) dies ermöglichen. Dadurch können diese jungen Menschen nach ihrer Ausbildung Berufserfahrungen sammeln.

In den folgenden Übersichten sind die Bewerbungs- und Einstellungszahlen dargestellt. In der nachstehenden Tabelle wurden die Ausbildungsberufe in kaufmännisch-verwaltende und gewerblich-technische Berufe unterteilt.

Bewerbungen in den sonstigen Ausbildungsberufen 2009 - 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	1450	100%	1898	100%	2129	100,00%
männlich	641	44,21%	881	46,42%	921	43,26%
weiblich	809	55,79%	1017	53,58%	1208	56,74%
Migranten Gesamt	284	19,59%	361	19,02%	445	20,90%
Migranten männlich	124		172		191	
Migranten weiblich	160		189		254	
Kaufmännisch-verwaltende Gesamt	785	54,14%	778	40,99%	1080	50,73%
Kauf.-verw. Männlich	222		185		252	
Kauf.-verw. Weiblich	563		593		828	
Kauf.-verw. Migrant Gesamt	158	10,90%	148	7,80%	251	11,79%
Kauf.-verw. Migrant männlich	46		33		57	
Kauf.-verw. Migrant weiblich	112		115		194	
gewerblich-technische Gesamt	665	45,86%	1120	59,01%	1049	49,27%
gew.-techn. Männlich	419		696		669	
gew.-techn. Weiblich	246		424		380	
gew.-techn. Migrant Gesamt	126	8,69%	213	11,22%	194	9,11%
gew.-techn. Migrant männlich	78		139		134	
gew.-techn. Migrant weiblich	48		74		60	

Abbildung 21 Bewerbungszahlen in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz in den Jahren 2009 - 2011

Die Bewerberzahlen konnten im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal gesteigert werden, der Anteil der Bewerber/innen mit Migrationshintergrund blieb dabei annähernd gleich. Nach wie vor ist zu beobachten, dass in den kaufmännisch-verwaltenden Berufen die Bewerberinnen dominieren, während in den Berufen des gewerblich-technischen Bereichs traditionell die männlichen Interessenten überwiegen. Diesem traditionell geschlechtsspezifischen Rollenverständnis wird versucht durch entsprechende Passagen in den Stellenausschreibungen bzw. durch gezielte Beratung in Schulen und auf Ausbildungsbörsen entgegenzuwirken.

Einstellungen in den sonstigen Ausbildungsberufen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	161	100,00%	129	100,00%	137	100,00%
männlich	70	43,48%	36	27,91%	64	46,72%
weiblich	91	56,52%	93	72,09%	73	53,28%
Migranten Gesamt <small>(siehe Fußnote)</small>	31	19,25%	31	24,03%	31	22,63%
Migranten männlich	16				14	
Migranten weiblich	15				17	
schwb. Menschen Gesamt	16	9,94%	0	0,00%	6	4,38%
schwb. Menschen männlich	2		0		5	
schwb. Menschen weiblich	14		0		1	
kaufmännisch-verwaltende Gesamt	59	36,65%	45	34,88%	48	35,04%
Kauf-verw. Männlich	18		7		13	
Kauf-verw. Weiblich	41		38		35	
Kauf.-verw Migrant Gesamt	19	11,80%	0	0,00%	14	10,22%
Kauf.-verw Migrant männlich	8				4	
Kauf.-verw Migrant weiblich	11				10	
gewerblich-technische Gesamt	102	63,35%	84	65,12%	89	64,96%
gew.-techn. Männlich	52		29		51	
gew.-techn. Weiblich	50		55		38	
gew.-techn. Migrant Gesamt	12	7,45%	0	0,00%	17	12,41%
gew.-techn. Migrant männlich	8				10	
gew.-techn. Migrant weiblich	4				7	

Abbildung 22 Einstellungszahlen in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz in den Jahren 2009 - 2011²

Im Vergleich zum letzten Jahr ist der Anteil der neu eingestellten männlichen Auszubildenden deutlich angestiegen. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass in der ABiG - im Gegensatz zu 2010 - eine Gruppe von zwölf männlichen Industriemechanikern eingestellt wurde. Die Anteile der Geschlechter bei den Einstellungen entsprechen in etwa auch denen der Bewerbungszahlen. Die Quote der Auszubildenden mit einem Migrationshintergrund ist auf einem hohen Niveau geblieben.

Im Jahr 2011 gab es einstellungsjahrgangsübergreifend 21 Ausbildungsabbrüche.

² Die im Jahr 2010 eingestellten Auszubildenden in den sonstigen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz haben an einer anonymen Befragung über ihre Zuwanderungsgeschichte teilgenommen. Eine Differenzierung nach dem Geschlecht bzw. nach dem Berufszweig ist durch die Anonymität nicht möglich.

6. Praktika im Rahmen des Anerkennungsjahres

Der öffentliche Dienst bietet in Bremen seit Jahren Praktikumsplätze an, die im Rahmen des Anerkennungsjahres für Sozialarbeiter/innen und für Erzieher/innen stattfinden. Die derzeitige politische Diskussion über die Notwendigkeit der frühkindlichen Förderung, die vor dem Hintergrund der Integrationsdebatte geführt wird, kann in diesem Bereich zukünftig zu erheblichen quantitativen und qualitativen Veränderungen führen. So wurden bereits im Jahr 2010 die ersten fünf Elementarpädagogen/-pädagoginnen als Praktikanten bzw. Praktikantinnen im Anerkennungsjahr eingestellt.

6.1 Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter

Bewerbungen 2009 – 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	91	100,00%	76	100,00%	116	100,00%
männlich	28	30,77%	26	34,21%	24	20,69%
weiblich	63	69,23%	50	65,79%	92	79,31%
Migranten Gesamt	7	7,69%	11	14,47%	21	18,10%
Migranten männlich	0		2		6	
Migranten weiblich	7		9		15	
schwb. Menschen Gesamt	3	3,30%	3	3,95%	2	1,72%
schwb. Menschen männlich	1		2		1	
schwb. Menschen weiblich	2		1		1	

Abbildung 23 Bewerbungszahlen für die Praktika der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Jahren 2009 - 2011

Es ist ein deutlich höheres Interesse der Frauen als Männer an den Praktikumsplätzen zu beobachten. Der Anteil von Interessenten/innen mit Migrationshintergrund ist weiterhin gestiegen, er betrug im Jahr 2011 mehr als 18%.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	56	100,00%	54	100,00%	70	100,00%
männlich	16	28,57%	17	31,48%	15	21,43%
weiblich	40	71,43%	37	68,52%	55	78,57%
Migranten Gesamt	6	10,71%	8	14,81%	10	14,29%
Migranten männlich	1		2		3	
Migranten weiblich	5		6		7	
schwb. Menschen Gesamt	2	3,57%	1	1,85%	1	1,43%
schwb. Menschen männlich	1		1		1	
schwb. Menschen weiblich	1		0		0	

Abbildung 24 Einstellungszahlen für die Praktika der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Jahren 2009 - 2011

Bei den Einstellungszahlen ist ein Anstieg zu beobachten. Der Anteil der Frauen ist, ähnlich der Bewerbungssituation, erheblich höher als der Anteil der männlichen Praktikanten. Der Anteil von eingestellten Menschen mit einem Migrationshintergrund konnte in dem Berichtszeitraum gehalten werden.

Ein Anerkennungspraktikant hat einen Auflösungsvertrag geschlossen.

6.2 Erzieherin/Erzieher

Bewerbungen 2009– 2011

	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	139	100%	159	100%	196	100%
männlich	25	17,99%	19	11,95%	33	16,84%
weiblich	114	82,01%	140	88,05%	163	83,16%
Migranten Gesamt	9	6,47%	32	20,13%	34	17,35%
Migranten männlich	0		1			
Migranten weiblich	9		31			
schwb. Menschen Gesamt	1	0,72%	0	0,00%	0	0,00%
schwb. Menschen männlich	1		0			
schwb. Menschen weiblich	0		0			

Abbildung 25 Bewerbungszahlen für die Praktika der Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2009 - 2011

Die Anzahl der Bewerbungen ist im Vergleich der Jahre kontinuierlich gestiegen, leider konnte im Berichtszeitraum der Anteil der Bewerber/innen mit Migrationshintergrund nicht gleichermaßen gesteigert werden. Der Anteil der männlichen Bewerber ist traditionell sehr gering.

Einstellungen 2009 – 2011

	Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt	76	100,00%	74	100,00%	73	100,00%
männlich	18	23,68%	10	13,51%	15	20,55%
weiblich	58	76,32%	64	86,49%	58	79,45%
Migranten Gesamt	8	10,53%	17	22,97%	21	28,77%
Migranten männlich	1		1			
Migranten weiblich	7		16			
schwb. Menschen Gesamt	1	1,32%	0	0,00%	0	0,00%
schwb. Menschen männlich	1		0		0	
schwb. Menschen weiblich	0		0		0	

Abbildung 26 Einstellungszahlen für die Praktika der Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2009 - 2011

Die Einstellungszahlen blieben im Vergleich zu den Vorjahren in etwa gleich hoch, dabei konnte erfreulicher Weise der Anteil der männlichen Erzieher gegenüber dem Vorjahr um 7% gesteigert werden. Um jedoch in diesem Bereich kontinuierlich einen deutlich höheren Männeranteil zu erreichen, bedarf es einer langfristig angelegten Überzeugungsarbeit, damit sich das tradierte Rollenverständnis der Geschlechter ändert. Positiv ist die Entwicklung zu sehen, dass der Anteil der eingestellten Erzieher/innen mit Migrationshintergrund (28,77%) im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen ist. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, als nur 17,35% der Bewerber/innen einen Migrationshintergrund hatten.

7. Sonstige Praktikantinnen/Praktikanten und Werkstudentinnen/Werkstudenten

Neben den Praktika, die im Rahmen des Anerkennungsjahres absolviert werden, nehmen jedes Jahr zahlreiche Personen die Gelegenheit wahr, als Praktikantin/Praktikant oder als Werkstudentin/Werkstudent praktische Erfahrungen in der bremischen Verwaltung zu sammeln. Dabei handelt es sich vielfach um unentgeltliche Praktika, die im Rahmen einer schulischen Ausbildung oder eines Studiums vorgeschrieben sind. Dazu zählen auch Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler. Generell stehen den Praktikantinnen und Praktikanten Anleiterinnen und Anleiter zur Seite, die ihnen mannigfaltige Kenntnisse, Fertigkeiten

und Fähigkeiten vermitteln. Solche Praktika können auch ein Weg sein, jungen Menschen die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten in der bremischen Verwaltung aufzuzeigen und evtl. bei ihnen Interesse für eine Ausbildung oder für eine spätere berufliche Tätigkeit zu wecken.

Ein besonderes, weil bezahltes Praktikum wird Studentinnen und Studenten des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung B.A. an der Hochschule Bremen angeboten, um aus diesem Studiengang Nachwuchskräfte für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zu gewinnen zu können. Die Absolventinnen und Absolventen dieses Studiengangs können nach dem Ende ihres Studiums und einer erfolgreich absolvierten sechsmonatigen Tätigkeit in der bremischen Verwaltung die Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt erwerben. Im Jahr 2011 haben 17 Studentinnen und Studenten des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung ein Praktikum in der bremischen Verwaltung absolviert. Dafür sind Praktikumsvergütungen in der Gesamthöhe von ca. 22.000 € aufgewendet worden.

Die Anzahl der sonstigen, unentgeltlichen Praktikantinnen und Praktikanten (inkl. Schülerinnen und Schüler) sind zurzeit nicht quantifizierbar, da viele von ihnen unmittelbar bei den Dienststellen nachfragen und von dort eine Zusage erhalten. Die Anzahl der Schülerpraktikantinnen und Schülerpraktikanten wird beispielsweise auf ca. 800 im Jahr geschätzt.

Eine weitere Gruppe stellen die Werkstudentinnen und Werkstudenten dar. Diese Personen-Gruppe muss zwingend immatrikuliert sein, um einen Vertrag zu bekommen. Die Tätigkeit als Werkstudentin oder Werkstudent kann genutzt werden, um Praxiserfahrungen zu sammeln, die Verbindung zwischen der Theorie und Praxis herzustellen, soziale Kompetenzen außerhalb der Hochschulen zu erwerben. Sie wird aber auch als eine Zuverdienstmöglichkeit genutzt. Die Höhe der Vergütung beträgt zurzeit 8,50 € je Zeitstunde. Im Jahr 2011 waren insgesamt 97 Personen als Werkstudentinnen und Werkstudenten beschäftigt, für die Kosten in der Höhe von insgesamt 202.432,00 € entstanden sind.

8. Bewerbungs- und Einstellungszahlen aus allen Bereichen

Bewerbungen 2009 – 2011

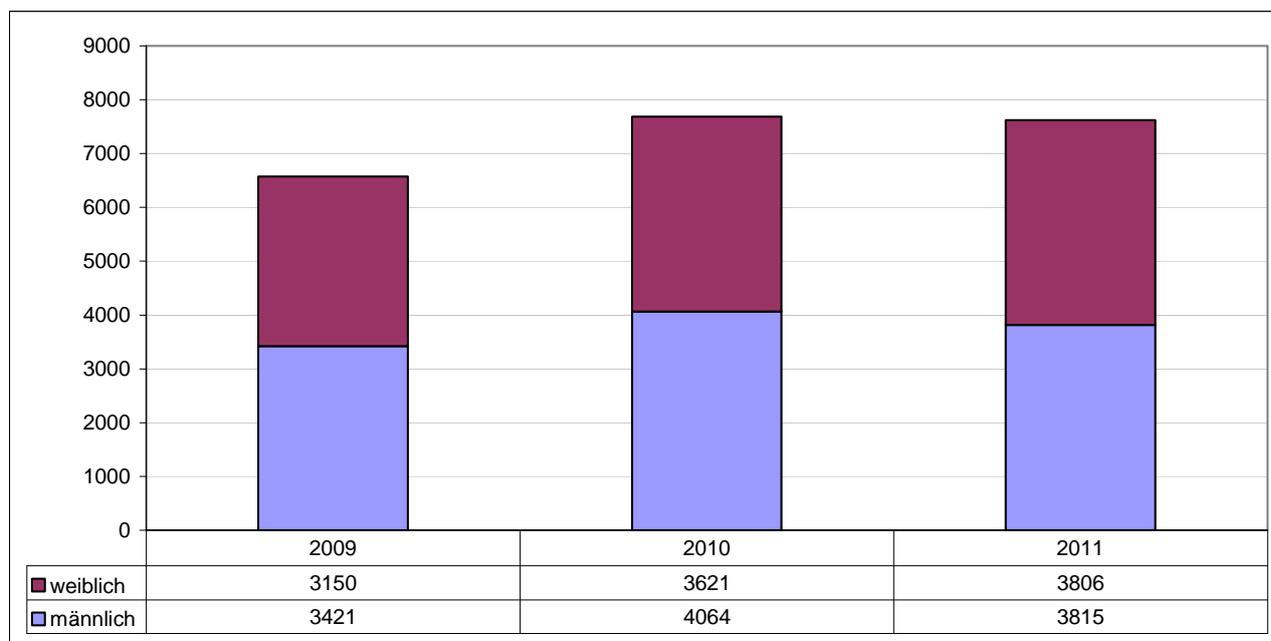


Abbildung 27 Bewerbungszahlen in den Jahren 2009 – 2011 in allen Ausbildungsbereichen, differenziert nach Geschlecht

Ausbildungsbereich	Bewerbungen für das Einstellungsjahr		
	2009	2010	2011
Gesamt:	6571	7685	7621
Allgemeine Dienste	659	941	1046
Polizei	2959	2647	2732
Feuerwehr	302	704	399
Justiz	707	839	402
Steuerverwaltung	264	421	601
Berufe nach dem BBiG	1450	1898	2129
Praktika für Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen	230	235	312

Abbildung 28 Bewerbungszahlen in den Jahren 2009 – 2011, differenziert nach Ausbildungsbereichen

Nach einem Anstieg aller Bewerbungszahlen im Jahr 2010 haben sich diese Zahlen im Jahr 2011 auf dem gleich hohen Niveau stabilisiert. Es gibt jedoch unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ausbildungsbereichen. Während in den Fachrichtungen Allgemeine Dienste, Polizei, Steuerverwaltung und in den sonstigen Berufen nach dem BBiG ein zum Teil sehr deutlicher Anstieg der Bewerbungszahlen zu verzeichnen ist, ist die Anzahl der Bewerbungen in den Bereichen Feuerwehr und Justiz zurückgegangen.

Interessant ist die Betrachtung der Bewerbungszahlen von Menschen mit Migrationshintergrund, deren Interesse an einer Ausbildung im bremischen öffentlichen Dienst seit 2009 gestiegen ist. Möglicherweise hängt diese positive Entwicklung mit der Kampagne „Du bist der Schlüssel“ zusammen.

Ausbildungsbereich	Bewerbungen für das Einstellungsjahr					
	2009		2010		2011	
Gesamt:	894	13,61%	1108	14,42%	1202	15,77%
Allgemeine Dienste	109	16,54%	198	21,04%	193	18,45%
Polizei	356	12,03%	348	13,15%	364	13,32%
Feuerwehr	24	7,95%	43	6,11%	27	6,77%
Justiz	60	8,49%	68	8,10%	43	10,70%
Steuerverwaltung	45	17,05%	47	11,16%	75	12,48%
Berufe nach dem BBiG	284	19,59%	361	19,02%	445	20,90%
Praktika für Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen	16	6,96%	43	18,30%	55	17,63%

Abbildung 29 Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu den Gesamtbewerbungszahlen 2009 - 2011

Einstellungen 2009 – 2011

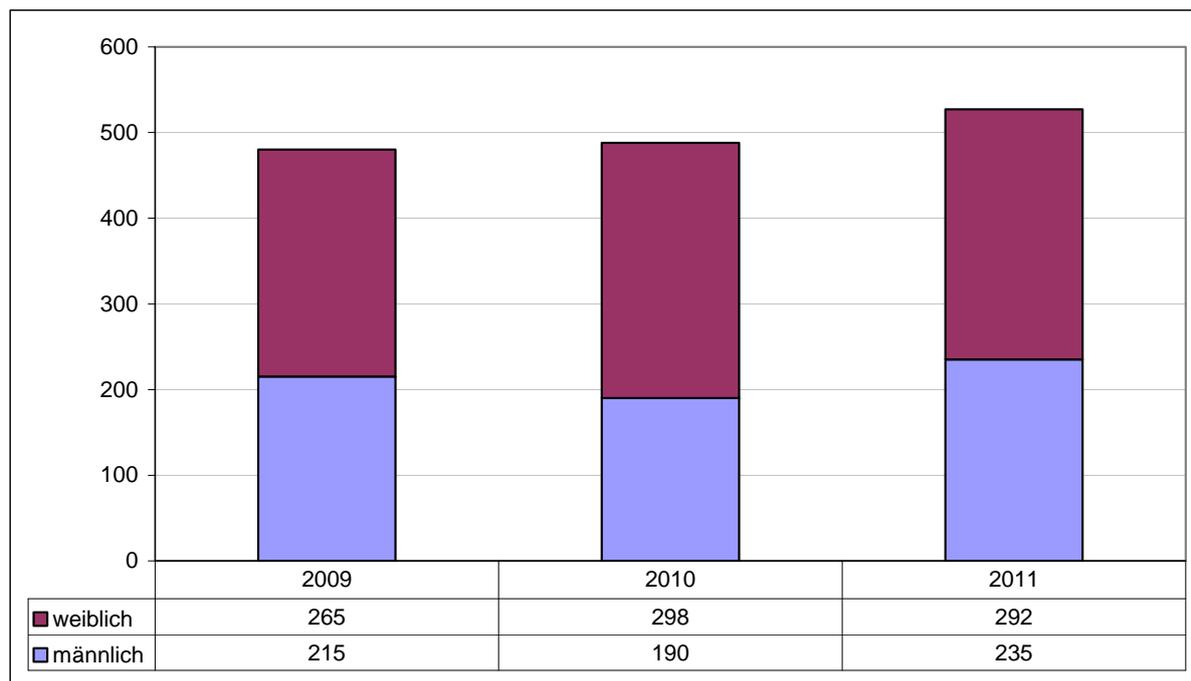


Abbildung 30 Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011 in allen Ausbildungsbereichen, differenziert nach Geschlechtern

Ausbildungsbereich	Einstellungsjahr		
	2009	2010	2011
Gesamt:	480	488	527
Allgemeine Dienste	28	36	50
Polizei	96	99	126
Feuerwehr	18	31	11
Justiz	35	24	14
Steuerverwaltung	10	41	46
Berufe nach BBiG	161	129	137
Praktika f. Erzieher/innen u. Sozialarbeiter/innen	132	128	143

Abbildung 31 Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011, differenziert nach Ausbildungsbereichen

Die Einstellungszahlen sind von den Entscheidungen des Senats der Freien Hansestadt Bremen über die jährliche Ausbildungsplanung abhängig. Festzustellen ist, dass in dem Berichtszeitraum der Anteil der eingestellten Frauen in jedem Jahr höher war als der Anteil der männlichen Auszubildenden.

Ausbildungsbereich	2009		2010		2011	
Gesamt:	61	12,71%	76	15,57%	92	17,46%
Allgemeine Dienste	4	14,29%	11	30,56%	8	16,00%
Polizei	9	9,38%	3	3,03%	12	9,52%
Feuerwehr	0	0,00%	1	3,23%	0	0,00%
Justiz	3	8,57%	4	16,67%	0	0,00%
Steuerverwaltung	0	0,00%	0	0,00%	10	21,74%
Berufe nach dem BBiG	31	19,25%	31	24,03%	31	22,63%
Praktika f. Erzieher/innen u. Sozialarbeiter/innen	14	10,61%	26	20,31%	31	21,68%

Abbildung 32 Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu den Gesamteinstellungszahlen 2009 - 2011

In der vorstehenden tabellarischen Darstellung sind die absoluten Einstellungszahlen von Menschen mit einem Migrationshintergrund in den jeweiligen Ausbildungsbereichen abgebildet. Die prozentualen Angaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der Einstellungen in dem jeweiligen Ausbildungsbereich. Zu beobachten ist, dass insbesondere in den Ausbildungsbereichen Allgemeine Dienste, der Steuerverwaltung und Berufe nach dem BBiG der Anteil der eingestellten Menschen mit Migrationshintergrund erfreulich hoch ist.

Bei der statistischen Erfassung von Menschen mit einem Migrationshintergrund ist allerdings mit Ungenauigkeiten zu rechnen. Die Angaben der Bewerberinnen und Bewerber bzw. der eingestellten Auszubildenden zu ihrem Migrationshintergrund werden in der Regel aus den eingereichten Unterlagen entnommen. Zu den entsprechenden Angaben gehört bspw. die Staatsangehörigkeit, der Geburtsort oder eine andere Muttersprache als die Deutsche. Wie schon unter Ziffer 3 erläutert, ist eine statistische Unschärfe nicht auszuschließen, da nur diese Personen diesem Merkmal zugeordnet werden können, die ihren Migrationshintergrund freiwillig preisgeben.

Mit dem im Jahr 2005 novellierten Berufsbildungsgesetz ist die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung in dem § 8 Absatz 1 BBiG gesetzlich verankert worden. Diese Option kommt insbesondere weiblichen Auszubildenden entgegen, die eigene Kinder zu betreuen haben. Diese Möglichkeit wird immer häufiger in Anspruch genommen. Im Jahr 2011 haben beim AFZ und bei der ABiG insgesamt 26 weibliche Auszubildende, davon 14 Verwaltungsfachangestellte ihre Ausbildung in Teilzeit absolviert.

9. Ausbilderinnen und Ausbilder in der bremischen Verwaltung

In der nachfolgenden Tabelle sind die zurzeit eingesetzten Ausbilderinnen und Ausbilder in den Ausbildungsgängen der Fachrichtung Allgemeine Dienste und in den sonstigen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz zusammengefasst. Es ist eine Differenzierung nach Geschlecht und nach den Dienststellen sichtbar. Durch die neue Zuordnung der Ressorts hat sich die Darstellung gegenüber der Übersicht des letzten Berichtes deutlich verändert. Insgesamt ist die Gesamtzahl der Ausbilderinnen und Ausbilder fluktuationsbedingt von 382 auf 371 zurückgegangen. Um neue Ausbilderinnen und Ausbilder muss daher weiterhin intensiv geworben werden.

Ausbildungsdienststelle	weiblich	männlich	Gesamt pro Ressort
Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	1		1
Senatskanzlei	6	1	13
OA Horn-Lehe		1	
OA Burglesum	1		
OA Vegesack		1	
OA Blumenthal	1		
OA West	1	1	
Senator für Kultur		1	4
Staatsarchiv Bremen	1		
Bremer Volkshochschule	1		
Stadtbibliothek Bremen	1		
Senator für Inneres und Sport			36
Polizei Bremen		2	
Statistisches Landesamt	5	6	
Stadtamt Bremen	5	15	
Feuerwehr Bremen		2	
Sportamt		1	
Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit	3	6	110
Schulen Prim. Bereich	1		
Schulen Sek. 1	5		
Schulen Sek 2		7	
LIS	3	4	
Gesundheitsamt Bremen	3	1	
Hafengesundheitsamt Brhv/Bremen	1	1	
Landesuntersuchungsamt f. Chemie, Hygiene u. Veterinärdienst	2	1	
Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	4		
Universität Bremen	17	16	
Hochschule f. Künste		1	
Hochschule Bremen	4	2	
Hochschule Bremerhaven	2	2	
Staats- u. Universitätsbibliothek Bremen	2		
Klinikum Bremen-Mitte*	8	4	
Klinikum Bremen-Ost*	1	2	
Klinikum Bremen-Nord*		2	
Klinikum Links der Weser*	1		
Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	9	5	81
Amt f. Soziale Dienste	2	7	
Kita Bremen	11	10	
Werkstatt Bremen	3	2	
Jobcenter	9	9	
Sozialzentren	9	5	
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	3	3	15
Amt f. Straßen und Verkehr	1	3	
Landesamt für Geoinformation		1	
Umweltbetrieb Bremen		2	
Sondervermögen Abfall	1	1	
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	3	6	16
Hansestadt Bremisches Hafenam	2	3	
Versorgungsamt	2		
Senator für Justiz und Verfassung	1		2
JVA Bremen	1		
Senatorin für Finanzen	4	5	47
Finanzamt HB-Mitte	1	1	
Finanzamt Brhv.	4	1	
Landeshauptkasse	2		
Landesfinanzschule	1		
AFZ	2		
HfÖV		1	
Performa Nord	3	2	
Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen	1		
Fachdienste f. Arbeitsschutz	1		
Ausbildungsgesellschaft Bremen	13	5	
Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit	1		1
Beteiligungsgesellschaften, Körperschaften- u. Stiftungen des öffentlichen Rechts - nicht zugeordnet*	23	22	45
Gesamtzahlen:	200	171	371

Abbildung 33 Übersicht der Zahlen der Ausbilderinnen und Ausbilder in der bremischen Verwaltung, differenziert nach senatorischen Bereichen und nach Geschlecht

In den mit einem Sternchen gekennzeichneten Bereichen werden Ausbildungsplätze für das AFZ bzw. für die ABiG zur Verfügung gestellt, auch wenn diese Bereiche nicht zur „Kernverwaltung“ gehören.

Nach der Ziffer 5 der Dienstvereinbarung Ausbildung sind für die Ausbilderinnen und Ausbilder jährliche Erfahrungsaustausch- und Vernetzungstreffen organisiert, sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. In dem Fortbildungsprogramm 2011/2012 werden folgende Veranstaltungen für Ausbilderinnen und Ausbilder angeboten:

- 11/17.01 Ausbildung der Ausbilder/-innen
- 11/17.02 Ausbildung der Ausbilder/-innen – Auffrischkurs
- 11/17.03 Vermittlungsmethoden in der praktischen Ausbildung
- 11/17.04 Führen schwieriger Gespräche in der Ausbildung
- 11/17.05 Auszubildende mit Migrationshintergrund – Chancen und Probleme in der Ausbildung

Es sind im Jahr 2011 erstmalig zwei Kurse „Ausbildung der Ausbilder/-innen“ zur Vorbereitung auf die Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung durchgeführt worden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des zweiten Kurses werden ihre Prüfung nach der AEVO voraussichtlich im Januar 2012 abschließen.

10. Fazit und Ausblick

Der bremische Öffentliche Dienst muss trotz des absehbaren Rückgangs des Personalbestandes auch in der Zukunft seine Aufgaben sachgerecht erfüllen und die öffentlichen Dienstleistungen bürgerorientiert und in hoher Qualität erbringen.

Ins Zentrum der Ausbildungsaktivitäten rücken die personalbedarfsorientierten Ausbildungsgänge. Die Ausbildung für den öffentlichen Dienst muss sich weiterhin an den sich wandelnden Anforderungen der Praxis orientieren und hohe Qualität beibehalten. Durch die Einstellungen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung für die Laufbahngruppen 1, zweites Einstiegsamt und für die Laufbahngruppen 2, erstes Einstiegsamt soll eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur gewährleistet werden. Durch die Einrichtung des Dualen Studiengangs Public Administration B.A. an der Hochschule Bremen ist ein wichtiger Schritt für die Sicherstellung der Ausbildung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste gemacht worden. Die jährlichen Entscheidungen über die Einstellungszahlen für die einzelnen Fachrichtungen der bremischen Verwaltung werden von präzisen Personalbedarfsberechnungen flankiert. Dadurch ist in der Regel eine Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis nach dem Ende der Ausbildung möglich.

Die demographische Entwicklung führt zu einem verschärften Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte, dem sich auch die bremische Verwaltung stellen muss. Es wird immer wichtiger, geeignete Marketingmaßnahmen zu ergreifen, in denen der öffentliche Dienst der Freien Hansestadt Bremen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird (Employer Branding). Wenn die bremische Verwaltung es schafft, sich als Marke zu positionieren, die für zukunftsorientierte, sichere und interessante Arbeitsplätze steht, kann sie diesen Wettbewerb bestehen.

Zur Attraktivität eines Arbeitgebers zählen auch solche Faktoren wie die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Familie oder ein funktionierendes Gesundheitsmanagement. Das Instrument der Teilzeitausbildung nach § 8 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz, wird bereits erfolgreich umgesetzt.

Die bisherigen Bemühungen, alle ethnischen Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und als potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen, müssen mit gleicher Intensität fortgesetzt werden. Nur so kann es gelingen, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Parallel zu dem demographisch bedingten Rückgang der Schulabgängerzahlen nimmt die Zahl junger Menschen mit einer geminderten „Ausbildungsreife“ bzw. einer geminderten Leistungsfähigkeit zu, die oftmals in ihren Bemühungen um einen Ausbildungsplatz Benachteiligungen erfahren haben. Mit der Unterzeichnung der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 haben sich das Land und die Stadtgemeinde Bremen verpflichtet, nicht nur eine Ausbildungsquote in Höhe von mindestens 7,5% pro Jahr zu verwirklichen, sondern auch über den eigenen Personalbedarf hinaus Ausbildungsplätze anzubieten und dabei diese benachteiligte Personengruppe besonders zu berücksichtigen.

Die Ausbildungsziele können nur dann erreicht werden, wenn genug engagierte und gut qualifizierte Beschäftigte bereit sind, eine Aufgabe als Ausbilderin oder Ausbilder zu übernehmen. Die im zentralen Fortbildungsprogramm angebotenen Vorbereitungskurse auf die Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) müssen fortgesetzt werden und bei Bedarf zusätzliche Kurse eingerichtet werden.

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1 Übersicht der vom Senat im Rahmen der Ausbildungsplanung beschlossenen Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011
- Abbildung 2 Übersicht des Ausbildungsplatzangebotes im öffentlichen Dienst in dem Zeitraum von 1998 bis 2011
- Abbildung 3 Bewerbungszahlen 2009 – 2010 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste
- Abbildung 4 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste
- Abbildung 5 Bewerbungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste (Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten)
- Abbildung 6 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung allgemeine Dienste (Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten)
- Abbildung 7 Bewerbungszahlen 2009 – 2011 in der in der Fachrichtung Polizei
- Abbildung 8 Einstellungszahlen 2009 – 2011 in der in der Fachrichtung Polizei
- Abbildung 9 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr
- Abbildung 10 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr
- Abbildung 11 Bewerbungszahlen 2008 - 2010 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz
- Abbildung 12 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz
- Abbildung 13 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten)
- Abbildung 14 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten)
- Abbildung 15 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Bereich: Justizvollzug)
- Abbildung 16 Einstellungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz (Bereich: Justizvollzug)
- Abbildung 17 Bewerbungszahlen 2010 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung
- Abbildung 18 Einstellungszahlen 2010 - 2011 in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung
- Abbildung 19 Bewerbungszahlen 2009 - 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung
- Abbildung 20 Einstellungszahlen 2009 und 2011 in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung
- Abbildung 21 Bewerbungszahlen in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz in den Jahren 2009 - 2011
- Abbildung 22 Einstellungszahlen in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz in den Jahren 2009 - 2011
- Abbildung 23 Bewerbungszahlen für die Praktika der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Jahren 2009 - 2011
- Abbildung 24 Einstellungszahlen für die Praktika der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Jahren 2009 - 2011
- Abbildung 25 Bewerbungszahlen für die Praktika der Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2009 - 2011

Abbildung 26 Einstellungszahlen für die Praktika der Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2009 - 2011

Abbildung 27 Bewerbungszahlen in den Jahren 2009 – 2011 in allen Ausbildungsbereichen, differenziert nach Geschlecht

Abbildung 28 Bewerbungszahlen in den Jahren 2009 – 2011, differenziert nach Ausbildungsbereichen

Abbildung 29 Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu den Gesamtbewerbungszahlen 2009 - 2011

Abbildung 30 Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011 in allen Ausbildungsbereichen, differenziert nach Geschlechtern

Abbildung 31 Einstellungszahlen in den Jahren 2009 – 2011, differenziert nach Ausbildungsbereichen

Abbildung 32 Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu den Gesamteinstellungszahlen 2009 - 2011

Abbildung 33 Übersicht der Zahlen der Ausbilderinnen und Ausbilder in der bremischen Verwaltung, differenziert nach senatorischen Bereichen und nach Geschlecht



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1

Auskunft erteilt
Ina Menzel

Telefon (0421) 361 **89451**
Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05

Bremen, **30. Januar 2012**

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadt- gemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2012

Sehr geehrte Frau Linnert,

vielen Dank für die Übersendung der Ausbildungsvorlage 2012. Die folgende Stellungnahme des Gesamtpersonalrats erfolgt in Absprache mit den örtlichen Personalräten.

Die Ausbildungsquote von 8,5 % im Jahr 2012 ist erfreulich. Sie darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die tatsächliche Anzahl von Ausbildungsplätzen seit 2010 sinkt. Gab es 2010 noch 501 Ausbildungsplätze, so stehen 2012 nach der vorliegenden Planung nur noch 451 zur Verfügung. Der Gesamtpersonalrat hält den Abbau von 50 Ausbildungsplätzen angesichts der bestehenden und sich weiter abzeichnenden Personalbedarfe z. B. auch im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes für falsch.

Zu den geplanten Ausbildungszahlen im Einzelnen:

Allgemeiner Verwaltungsdienst

In den letzten Jahren war der Bedarf an den speziell für die Verwaltung ausgebildeten Verwaltungsfachangestellten in den Dienststellen stets größer als die Zahl der Ausgebildeten. Die Anzahl der Ausbildungsplätze sollte daher über die geplanten 22 Plätze hinaus deutlich erhöht werden.

Die Bereitstellung von 21 Ausbildungsplätzen für Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter wird den Bedarf an qualifizierten Beschäftigten der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt nicht decken können. Der Verweis auf die Deckung weiterer Bedarfe durch Absolventinnen und Absolventen des (externen) Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) ist nicht akzeptabel. Bremen sollte vielmehr seiner Verantwortung als Arbeitgeber nachkommen, für ausreichend Ausbildungsplätze zur Deckung des eigenen Nachwuchskräftebedarfs zu sorgen.

Lebensmittelkontrolleur-Dienst

Vor dem Hintergrund der geplanten Einführung einer Hygieneampel reichen die für 2012 vorgesehenen zwei Fortbildungsplätze zu Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure nicht aus.

Aufstiegsfortbildung

Die Anzahl der vorgesehenen Plätze für Aufstiegsfortbildung deckt nicht den aktuellen Bedarf. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 1, die bereits seit Jahren Aufgaben der Laufbahngruppe 2 wahrnehmen, erwarten einen zeitnahen Zugang zu der Aufstiegsfortbildung. Daneben sind die Voraussetzungen für den Praxisaufstieg gerecht, transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Polizei

Mit den geplanten geringen Einstellungszahlen wird die derzeitige hohe Belastung von Polizeibeschäftigten für die Zukunft zementiert. Einhergehend mit der Anhebung der besonderen Altersgrenze wird der Altersdurchschnitt im Bereich der Polizei zusätzlich angehoben. Und das in einem Beschäftigtenbereich, der mit Blick auf seine Aufgaben dringend auf eine gesunde Altersmischung angewiesen ist.

Feuerwehr

Die geplanten 21 Einstellungen bei der Feuerwehr werden begrüßt. Die geplante Auflösung der Landesfeuerwehrschule erfordert noch die Schaffung der rechtlichen und personellen Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Standortausbildung.

Justizdienst

Die beabsichtigten Einstellungen von Rechtspflege-Anwältinnen und –Anwältern sowie Justizfachangestellten-Auszubildenden werden begrüßt. Der Bericht zur Belastung der bremischen Justiz macht deutlich, dass auch weiterhin kontinuierlich ausgebildet werden muss.

Justizvollzugsdienst

2012 beendet der aktuelle Lehrgang für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst seine Ausbildung. Aufgrund der fehlenden Einstellungen aus 2011 wird es 2013 keine neu ausgebildeten Justizvollzugsbediensteten geben. Bei der derzeitigen Planung, auch 2012 nicht auszubilden, wird es auch 2014 keine Nachwuchskräfte für den Justizvollzug geben. Dies hat dramatische Auswirkungen auf die inhaltlichen Angebote für die Gefangenen und auf die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern eine Wiederaufnahme der Ausbildung in 2012, um die notwendige Personalausstattung im Justizvollzug abzusichern. Wie im Bericht zur Belastung der bremischen Justiz vom Senator für Justiz und Verfassung beschrieben, reicht die derzeitige Personalausstattung nicht mehr aus, um die Aufschlusszeiten und die Angebote für Gefangene aufrecht zu erhalten. Die ohnehin durch Schichtarbeit und anstrengende Arbeit mit den Gefangenen schon schwer belasteten Kolleginnen und Kollegen werden durch Personalknappheit noch zusätzlich belastet.

Steuerverwaltungsdienst

Wir begrüßen, dass die Kontinuität der Ausbildung auch im Jahr 2012 gewahrt wird. Die Ausbildungsplätze sind jedoch nicht ausreichend, um die zu erwartenden Abgänge in der Steuerverwaltung auszugleichen. Hinzukommt, dass erfahrungsgemäß nur ca. 70 % der eingestellten Auszubildenden auch eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung aufnehmen. Die Absenkung der Ausbildungsplätze für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt von 20 auf 15 wird den Personalabbau in der Steuerverwaltung weiter verstärken. Für die wichtigste Einnahmeverwaltung Bremens ist dies nicht akzeptabel. Um eine Personalausstattung wie im Durchschnitt aller Bundesländer zu erreichen, wären jährlich 77 Ausbildungsplätze erforderlich.

Berufspraktika für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen, -pädagogen und Sozialarbeiterinnen, -arbeiter

Die Anzahl der Praktikantinnen und Praktikanten ist zu gering angesetzt, da so nicht sichergestellt wird, dass alle in der Ausbildung befindlichen Erzieherinnen und Erzieher nahtlos das erforderliche Praktikum machen können. Insbesondere der Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung erfordert zusätzliches gut qualifiziertes Personal. Auch für den Bereich der Sozialarbeit / Sozialpädagogik werden angesichts des in den nächsten Jahren zu erwartenden Bedarfs zu wenige Plätze angeboten.

Übernahmegarantie bei Eignung („Bedarfsberufe“)

Der Gesamtpersonalrat spricht sich weiterhin dafür aus, den Bewerberinnen und Bewerbern bei den Auswahlgesprächen die Absicht zu signalisieren, sie bei Eignung in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Im Senatsbeschluss sollte noch deutlicher werden, dass gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern mit der Übernahme bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen geworben werden kann.

Mangel an Ausbilderinnen und Ausbildern

Ohne engagierte Ausbilderinnen und Ausbilder gibt es keine guten Nachwuchskräfte für die vielfältigen Aufgaben des bremischen öffentlichen Dienstes. Trotz verstärkten Bemühens zur Gewinnung zusätzlicher Ausbilderinnen und Ausbilder ist die Anzahl aufgrund der Altersabgänge weiter gesunken. Die durch den Personalabbau ständig steigende Arbeitsbelastung ist unter anderem maßgebend dafür, dass die zusätzliche Übernahme von Ausbildungsaufgaben wenig attraktiv ist. Es sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um die Durchführung einer guten Ausbildung auch zukünftig abzusichern.

Dienstbegleitender Unterricht

Der Gesamtpersonalrat freut sich und begrüßt die Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle im AFZ zur Betreuung der Studentinnen und Studenten in den praktischen Studienphasen und die Ausweisung einer zusätzlichen Stelle an der Verwaltungsschule für den dienstbegleitenden Unterricht in den unterschiedlichen Fachgebieten.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Doris Hülsmeier

Doris Hülsmeier
Vorsitzende